Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mittenwalderstr. 6; Sorauerstr. 20; Nykestr. 32; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung", sowie das illustr. Witzblatt „ULK", die feuillet. Montags-Ausg. „Zeitgeist", die „Technische Rundschau", der illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" und „Haus Hof Garten" durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger" 30 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie der. Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 33; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Pr. Handjerystr. 83/84, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 281. **Berlin, Mittwoch, den 6. Juni 1906.** **XXXV. Jahrgang.**

Hierzu die Wochen-Beilage Technische Rundschau No. 23.

Schwankungen — Neubildungen.

Seit dem Entstehen der Nationalstaaten in Europa, also im weltgeschichtlichen Sinne gesprochen seit dem Beginn der „neueren" Epoche im Gegensatze zum Mittelalter, beobachtet man, daß von Zeit zu Zeit große Systeme in der internationalen Politik angenommen werden, die für die Richtung der einzelnen Zweige in der europäischen Völkerfamilie mehr oder weniger stark bestimmend bleiben. Derartige politische Systeme prägten den betreffenden Jahrhunderten ihren Stempel auf. Es genügt, in dieser Beziehung an die Zeiten der Quadrupelallianz, an das französisch-österreichische Bündnis, an die sogenannte „heilige Allianz" zu erinnern. Nach den ungeheuren Umwälzungen gegen Ende des achtzehnten und mit dem beginnenden neunzehnten Jahrhundert trat ein allgemeines Bedürfnis nach einer gewissen Ruhe, nach einer Konsolidierung der mühsam wieder hergestellten internationalen Verhältnisse ein. Diesem Gefühle der Ermattung und des Ruhebedürfnisses gab jenes Bündnis der drei „nordischen" Mächte, dem Frankreich alsbald beitrat, in der sogenannten „heiligen Allianz" einen entsprechenden Ausdruck. Anfänglich schienen sich die infolge der jahrelangen stürmischen Erregungen erschlafften Geister in solch einen Ruhezustand einlullen lassen zu wollen.

Indessen hielt diese Selbsttäuschung nicht allzulange an. Je mehr man sich in Wien damit abplagte, an dem allgemeinen politischen Beharrungszustande festzuhalten, um so stärker regten sich die entgegenstrebenden Kräfte. Eine Spreize nach der anderen wurde aus dem Gefüge des Metternichschen Systems herausgeschlagen. Mit den Kämpfen der Hellenen und der Balkanslawen gegen das unerträglich gewordene türkische Joch begannen die ersten Anstürme gegen die Politik der „heiligen Allianz"; sie setzten sich dann 1830 in der Julirevolution, in den niederländischen Wirren fort, die zur Trennung Belgiens von Holland führten. Den schwersten Stoß jedoch erlitt dieses System im Jahre 1848 durch die französische und durch die deutsche Umsturzbewegung, bis endlich Louis Napoleon ganz offen mit seinem politischen Gedanken vor die damals nicht wenig erstaunte Welt hintrat, dem „System" der heiligen Allianz offiziell, das heißt von Geschichts wegen ein Ende zu machen.

Wie überall in seinen politischen Unternehmungen vermochte er auch in diesem Betrachte nur halbe Arbeit zu leisten. Noch stand ein riesiges europäisches Trumm, das Deutschland des Bundestages, oder wie man dazumal in der Diplomatensprache sich ausdrückte, die „confédération germanique" oder das „corps germanique", als ein grauenerregendes Reststück dieses Systems der „heiligen Allianz" da. Aber auch sein Ende war nahe herangerückt, und in den Jahren von 1864 bis 1870/71 erfolgten, wie weltbekannt, die letzten Vernichtungsschläge, die gegen die Ueberbleibsel jenes politischen Systems geführt werden mußten. Daß gerade Preußen dies tun mußte, war für die überzeugten Anhänger des Entwickelungsgedankens auch in der internationalen Politik ganz besonders tröstlich und ermutigend.

Nach der endgültigen Zertrümmerung dieses politischen Systems der „heiligen Allianz", das trotz aller bereits eingetretenen Erschütterungen dennoch für die erste Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts von ausschlaggebender Bedeutung blieb, unternahm der unsterbliche deutsche Staatsmann das große und schwierige Werk der Sicherung des neuen europäischen Zustandes durch den „Dreibund". In ungleich höherem Grade, als es jemals die „heilige Allianz" gewesen, entsprach diese politische Neuschöpfung dem allgemeinen Bewußtsein jener Zeit. Der „Dreibund" war der vollkommenste politische Ausdruck des durch die preußischerseits erfolgten kriegerischen Auseinandersetzungen geschaffenen neuen europäischen Zustandes. Deshalb gewann er sich auch die innere Zustimmung aller derjenigen Politiker in Europa, die in dieser Neuordnung ein Zeichen des Entwickelungsfortschrittes erblicken zu müssen glaubten. Was diese bewunderungswürdige Schöpfung Bismarcks — um so bewunderungswürdiger, auf je einfacheren, naturgemäßen Voraussetzungen sie beruht — für die Erhaltung des Weltfriedens geleistet, das braucht doch wahrhaftig nicht noch ausdrücklich hervorgehoben zu werden. Allein allen menschlichen Bildungen, auch den anscheinend vollkommensten, ist das Schicksal der Vergänglichkeit nun einmal ausnahmslos vorbestimmt. Daß der „Dreibund" nicht für eine Ewigkeit, auch nur im gewöhnlichen Wortsinne, sich wirksam werde erweisen können, hat niemand weniger geglaubt, als sein großer, unerbittlich klar die Natur der politischen Entwickelung erkennender Begründer. Diesem allgemeinen Schicksal der Vergänglichkeit ist auch der „Dreibund" unterworfen. Seine Blütezeit ist längst dahingeschwunden; sogar die Herbstperiode mit ihrem Fruchtbehang geht zu Ende. Auf die ersten Jahre des vollsten Genusses an der so prachtvoll angelegten und so hoffnungsreich aufgegangenen Schöpfung sind Jahre der Besorgnis gefolgt. Das Gefühl der allgemeinen Sicherheit hat mehr und mehr dem eines allgemeinen Unbehagens Platz gemacht. Es ist aber durchaus nicht leicht, die einzelnen Elemente auseinanderzuhalten und in ihrer Wirkung auch nur einigermaßen genau zu bestimmen, die schließlich jenen allgemeinen Stimmungswechsel herbeigeführt haben. Schon zu jener Zeit, als Bismarck für nötig hielt, seinen berühmten Rückversicherungspakt mit Rußland zu schließen, zeigte sich's, daß gewisse neue Sicherheitsklammern für den europäischen politischen Neubau unbedingt erforderlich waren. Von diesem Moment an schreibt sich auch in Wirklichkeit jenes Gefühl des Unbefriedigtseins her, das eben nur die Folge des Verlustes des Sicherheitsgefühles ist.

Innerhalb des Dreibundes hat sich gar mancherlei seit seiner Begründung geändert. Man kann sich doch unmöglich der Nachwirkungen erwehren, welche der fortschreitende Auflösungsprozeß in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie auf die Entwickelung der Dreibundpolitik ausüben muß. Dieses Moment wäre schon an und für sich stark genug, um große Schwankungen innerhalb des bestehenden politischen Systems in Europa herbeizuführen. Nun kommen aber noch die in ihren Folgen noch gar nicht zu übersehenden gewaltigen Ereignisse der beiden letzten Jahre hinzu, die das politische Aussehen der Welt genau so gründlich verändert haben wie die Kriege von 1866 und 1870 den Zustand von Europa. Es sind neue Kraftpotenzen im politischen Felde aufgetreten, von deren Wucht die vorjüngste Generation kaum noch einen annähernd richtigen Begriff hatte. Was natürlicher, als daß die neue Erscheinung auf dem Gebiete der Weltpolitik mehr Furcht als Hoffnung, mehr Scheu und Staunen als Befriedigung und Vertrauen erregt? Was ist aber auch andererseits leichter begreiflich, als daß sich die alte europäische Welmacht schlechthin, nämlich England, mit der neuen im fernsten Ostasien so gebieterisch emporsteigenden zusammenschließt, um eine neue Ordnung, ein neues System in der Weltpolitik zu begründen?

Mögen hier und da einzelne Persönlichkeiten in entscheidenden Stellungen das Ihrige zur Beschleunigung oder zur Verzögerung der sich vorbereitenden politischen Neubildungen beitragen; sie werden auf die Dauer den wirklichen Gang der großen politischen Entwickelung nicht aufhalten können. Denn die den Dingen innewohnende Natur, das ist ja wohl eigentlich die unüberwindliche Logik der Tatsachen, ist unendlich mächtiger als das scheinbar machtvollste Individuum. Deshalb ist es aber auch völlig verkehrt, einzelnen Persönlichkeiten die Schuld dafür aufbürden zu wollen, daß die Dreibundpolitik mehr und mehr brüchig geworden. Die Verhältnisse haben sich eben im Laufe der letzten Jahrzehnte gewandelt, und diesen unaufhaltsamen Wandlungen gegenüber wäre es sogar verkehrt, an der herkömmlich gewordenen Dreibundpolitik kritiklos festhalten zu wollen. Soll der unerschüttert gesund gebliebene Kerngedanke des Dreibundes im Sinne seines großen Begründers in die neu sich anbahnende Epoche hinübergetragen werden, dann muß er den neuen Verhältnissen angepaßt werden. Dabei wird sich die neue staatsmännische Kunst erst zu bewähren haben! Das Verhängnis des Systems der „heiligen Allianz" war, daß es die nicht mehr rückgängig zu machende Veränderung in den politischen Dingen nicht anerkennen, sondern diese nach einem vorgefaßten apodiktischen Lehrsatze ummodeln wollte. Darüber mußte naturgemäß das System notwendig in die Brüche gehen. Hoffentlich sind die Lehren der Geschichte in diesem Betrachte nicht verloren gewesen. Hoffentlich sind die Staatsmänner unserer Zeit nicht so unbelehrbar wie die aus jener verhängnisvollen Vergangenheit.

Wir leben indessen der festen Zuversicht, daß dieser gegenwärtigen Zeit der politischen Schwankungen solche sicheren Neubildungen folgen werden, die den neuen Weltverhältnissen entsprechend geformt sein dürften. Denn bei diesen sich vorbereitenden Neubildungen kommen in verstärkterem Maße als je zuvor im Verlaufe der Geschichte die internationalen wirtschaftlichen Faktoren in Rechnung. Das neu sich vorbereitende entscheidende Moment in der Weltpolitik ist nicht sowohl diplomatischer als volkswirtschaftlicher Natur. Hierin aber liegt zugleich die trostreiche Hoffnung auf eine friedliche Fortentwickelung der Menschheit.

• Zur Begrüßung des **Deutschen Kaisers in Wien** schreibt die offiziöse „Wiener Abendp.":

Mit inniger Freude sieht die Bevölkerung der Reichshaupt- und Residenzstadt den Herrscher des mächtigen Nachbarreiches wieder in ihrer Mitte. Sie erblickt in dem Besuche Kaiser Wilhelms die erneute eindrucksvolle Bekräftigung jenes Freundschafts- und Bundesverhältnisses, das seit einer langen Reihe von Jahren das Deutsche Reich und die Habsburgische Monarchie vereint und, fest gegründet in der unverbrüchlichen Freundschaft der Monarchen wie in den politischen Notwendigkeiten Europas, während der ganzen Dauer seines Bestandes sich als eine kostbare und machtvolle Stütze des Weltfriedens bewährt hat. Die Bevölkerung Wiens bietet dem erlauchten Monarchen, dem verehrten Gaste ihres Kaisers und Königs, ihren ehrerbietigsten Willkommensgruß.

Die maßgebende Presse des befreundeten Nachbarreiches gibt sich unterdessen krampfhafte Mühe, den Besuch des Deutschen Kaisers als „unpolitisch" zu kennzeichnen.

• Im preußischen Abgeordnetenhause wurde kürzlich die **Besetzung der theologischen Professuren** erörtert. Es handelte sich um die Beweisführung eines kirchlich-liberalen Blattes, daß seit dem Jahre 1891, dem Jahre, wo das Kultusministerium aus den Händen v. Goßlers in die Hände des Grafen Zedlitz überging, eine nachweisliche Bevorzugung der sogenannten „Positionen" besonders Greifswalder Herkunft stattgefunden habe, daß die Privatdozenten der „kritischen" Richtung dagegen zurückgesetzt worden seien. Zu diesem Thema nimmt jetzt Professor Friedrich Paulsen in der „D. Literaturztg." das Wort. Er gibt den Verteidigern der im preußischen Kultusministerium geübten Praxis zu, daß man zwar von einem „statistischen" Beweise der Bevorzugung der „Positionen" nicht sprechen könne; dazu sei die Zahl der Fälle nicht ausreichend. Wohl aber wiesen die einzelnen Fälle auf eine zugunsten der „Positionen" wirksame Tendenz hin. Es bestehe die Vermutung zu Recht, daß die Angehörigkeit zu der kritischen Richtung theologische Privatdozenten in Preußen in einem gewissen Maße disqualifiziert, oder daß eine Tendenz im Sinne einer Auslese zugunsten der positiven Richtung wirksam ist. Professor Paulsen ist natürlich höflich genug, beim Kultusministerium den guten Willen zur Objektivität anzunehmen. Aber er schreibt doch weiter:

Darüber wird kein Zweifel sein können, daß eine in jenem Sinne anhaltend wirksame Tendenz wesentliche Güter, die der Unterrichtsverwaltung befohlen sind, gefährden würde. Wird die Richtung zum Maßstab der Beförderungswürdigkeit, wird auch nur auf Grund einzelner Fälle und ihrer nunmehr vorliegenden Summierung geglaubt, daß es so gehalten werde; dann wird eine aufdringliche Richtungstheologie sich bald in Massenangebot auf dem Markt einstellen und die eigentliche wissenschaftliche Arbeit schon dadurch zurückdrängen; zugleich aber werden diejenigen, die nichts als wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen haben, bei der anscheinenden Aussichtslosigkeit sich mehr und mehr von der theologischen Universitätslaufbahn zurückziehen. Es gibt Kreise, die einen derartigen Vorgang ohne Bedauern sehen würden, einflußreiche Kreise, die in der Verdrängung der kritischen Theologie von der Universität einen Gewinn für die Kirche und das religiöse Leben erblicken. Zu diesen Kreisen wird man aber die Vertreter der staatlichen Unterrichtsverwaltung nicht rechnen dürfen. Nicht nur, daß ihnen in erster Linie nicht das Gedeihen der Kirche, geschweige denn die Herrschaft einer angemaßten Orthodoxie — eine wirkliche Orthodoxie kann es auf protestantischem Boden nicht geben — sondern vielmehr das Gedeihen der theologischen Fakultäten, das ist wissenschaftlicher Institute befohlen ist: so werden sie auch nicht wohl darüber in Zweifel sein können, daß für die protestantische Theologie und Kirche, ja für das religiöse Leben auf diesem Boden überhaupt ein gutes Gewissen gegen die Wissenschaft erste Lebensbedingung ist; daß aber dieses gute Gewissen nicht erhalten bleiben kann, wenn die kritische Richtung aus dem Wissenschaftsbetriebe ausgeschaltet wird. Ja, man wird behaupten dürfen, daß für die Erhaltung der Lebensfähigkeit der „positiven" Richtung selbst das erregende Moment des Gegensatzes unentbehrlich ist: sie stirbt an Herzverfettung, wo es fehlt. Für die theologischen Fakultäten aber wäre die fortdauernde Wirksamkeit jener tendenziösen Auslese gleichbedeutend mit ihrer Vernichtung als wissenschaftlicher Anstalten; denn daß so gut wie alle Fortschritte zunächst in der historischen Erkenntnis seit den Tagen, da im achtzehnten Jahrhundert an der Halleschen Universität die „kritische" Theologie sich erhob, von Männern ausgegangen sind, die der „Rechtgläubigkeit" im Sinne Hengstenberg-Stöckers ermangelten, werden die Positiven selbst nicht leugnen wollen oder können. Und vergeblich würde es auch sein, zu leugnen, daß ihre eigene gegenwärtige Stellungnahme selbst zu dogmatischen Fragen im weitesten Umfange durch die Arbeit der kritischen Richtung bestimmt worden sei. Die Ausschaltung der kritischen Richtung bedeutete nicht weniger als die Aushungerung der Wissenschaft an den theologischen Fakultäten in Preußen.

Professor Paulsen wirft zum Schluß die naheliegende Frage auf, ob die theologischen Fakultäten selbst überall mit genügender Energie das Interesse der Wissenschaft gegenüber dem Drängen einflußreicher Kreise vertreten haben. Wir glauben gleichfalls, daß es nichts schadet, wenn den beteiligten Kreisen das Gewissen etwas geschärft wird. Daß sie freilich gegen die im preußischen Kultusministerium aufzukommen vermöchten, bezweifeln wir. Im Kultusministerium sitzt die Wurzel des Uebels; nur von hier kann die Heilung kommen.

• Zwischen den beiden Häusern des **preußischen Landtages** ist so etwas Aehnliches wie ein **Konflikt** ausgebrochen. Von den Leuten aus dem „Hinterhause" — das sind in diesem Falle die Mitglieder des Abgeordnetenhauses — wird es schon seit Jahren als ein Mangel empfunden, daß ihnen nach den anstrengenden Sitzungen in den Kommissionen und im Plenum in den heißen Sommermonaten keine Gelegenheit geboten ist, sich im Freien, geschützt vor dem Straßenlärm, zu erholen. Deshalb sprachen vor kurzem einige Mitglieder des Abgeordnetenhauses in einem Schreiben an das Präsidium des Herrenhauses den auch vom Präsidium und vom Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses unterstützten Wunsch aus, daß der schöne Park des Herrenhauses den Abgeordneten zugänglich gemacht werden möchte. Die Antwort, die der Präsident des Herrenhauses an das Präsidium des Abgeordnetenhauses sandte, lautete ablehnend, da der Gesamtvorstand des Herrenhauses den Standpunkt vertrete, daß der Garten des Herrenhauses der ausschließlichen Benutzung der Herrenhausmitglieder vorbehalten bleiben müsse, nachdem das Herrenhaus seinerzeit unter Ueberwindung großer Be-